Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Die Geschichte wiederholt sich – die Schuldenkrise in Griechenland	Seite 3
Ukraine – und das Ende?	Seite 5
Großdemo in Berlin gegen TTIP und CETA	Seite 7
Weltfriedenstag 2015	Seite 11

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis | 21. Jahrgang, September 2015 | Preis: Spende

1. September: Antikriegstag

So gesehen... *Beitritt oder Wiedervereinigung?*

Am 23. August hieß es beim MDR, vor 25 Jahren habe das bekanntlich dank massiver Einmischung aus Bonn gewählte Parlament die Wiedervereinigung beschlossen. Wie bekannt handelte es sich um einen Beitritt und das ist etwas ganz anderes, nämlich die völlige Unterwerfung unter bestehende Verhältnisse. Entstanden ist ja kein neuer und damit gemeinsamer Staat, da lediglich die alte BRD um das Hoheitsgebiet der DDR vergrößert und diesem der Rückfall in den Kapitalismus aufgezwungen wurde. Es ging aller behaupteten Überlegenheit der BRD zum Trotz so trauriger- wie beschämenderweise immer nur darum, die DDR "zum Verschwinden zu bringen" (Egon Bahr). Weiterhin ist bekannt, dass zur Erreichung dieses Zieles sämtliche Regeln für die Tätigkeit des Parlamentes missachtet wurden: Es gab keinerlei ordentliche Beschlussvorlage, sondern lediglich einen Schmierzettel, auf dem sich Herr de Maiziére (CDU) die Forderung des Bundeskanzlers der BRD notiert hatte. Der die Sitzung leitende Reinhard Höppner (SPD) hatte gedroht, diese nicht eher zu beenden, bis der Termin 3. Oktober feststehe. So etwas nennt man gemeinhin eine Erpressung. Im nach heftigen und teils sehr beschämenden Redeschlachten mehrheitlich gefassten Beschluss aber war in der Hitze des Gefechtes sogar vergessen worden, das Beitrittsobjekt zu nennen. Das heißt genaugenommen, dass die DDR als solche gar nicht beigetreten ist, womit das Ganze rechtlich und völkerrechtlich zumindest äußerst fragwürdig ist. Fraglich ist außerdem, ob dieses Parlament überhaupt berechtigt war, eine solch folgenschwere Entscheidung zu treffen, zumal die Gesetzlichkeit der DDR gröbstens missachtet wurde. Nicht umsonst hatte Wolfgang Ullmann (Bündnis '90) angekündigt, de Maiziére wegen Hochverrats anzuzeigen, wurde hier doch ein schwerer Verstoß gegen § 96 StGB der DDR begangen. Von denen, die dann in die Unfreiheit der Arbeitslosigkeit und 2005 mit „Hartz IV“ auch unter das Unrecht von Armut per Gesetz gezwungen wurden, möge bitte keinerlei Dank erwartet werden. Lobeshymnen für die durch jenen Beschluss möglich gewordene Beseitigung der soziale Marktwirtschaft genannten Zugeständnisse und für die hochgefährliche Kriegsbeteiligung werden allenfalls die daran Verdienenden anstimmen.

Hans-Joachim Weise

Inhalt:

So gesehen...	Seite 2
Neuwahlen in Griechenland	Seite 3
Die Geschichte wiederholt sich – die Schuldenkrise in Griechenland	Seite 3
Ukraine – und das Ende?	Seite 5
Noch einmal zum Bielefelder Parteitag	Seite 6
Aus dem Landesvorstand	Seite 7
Großdemo in Berlin gegen TTIP und CETA	Seite 7
R2G – (Vor) Bilanz im Sommerloch	Seite 8
Kreistagsfraktion und Kreisvorstand trafen sich am 19. August zur Klausur	Seite 8
Buchvorstellung: *„Fragen an die DDR“* - Alles, was man über den deutschen Arbeiter- und- Bauern-Staat wissen muss	Seite 9
Willi Ganka – er wird uns fehlen	Seite 10
Weltfriedenstag 2015	Seite 11
Termine	Seite 12

Neuwahlen in Griechenland

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi erklären:

Alexis Tsipras genießt ungebrochenes Vertrauen und hat einen stärkeren Rückhalt in der griechischen Bevölkerung wie kein anderer Ministerpräsident in der Eurozone. Dass er gestern dennoch seinen Rücktritt erklärt und Neuwahlen für den 20. September ausgerufen hat, zeigt, wie weit die Einmischung der Gläubiger in die nationale Souveränität Griechenlands geht: Unter den erpresserischen Auflagen der Institutionen kann Syriza so ihr Regierungsmandat nicht erfüllen.

Der Rücktritt von Alexis Tsipras ist deshalb ein logischer Schritt. Ein Ministerpräsident ohne eigene Mehrheit im Parlament wäre nicht nur immer wieder auf die Stimmen ausgerechnet der Parteien angewiesen, die hauptverantwortlich für die Situation in Griechenland sind, sondern hätte auch eine denkbar schwache Position in den Verhandlungen mit den Institutionen über Schuldenerleichterungen.

DIE LINKE in Deutschland unterstützt Alexis Tsipras mit allen Kräften dabei, erneut eine Mehrheit für eine linke Regierung in Griechenland zu erringen. Nur mit einer starken linken Regierung gibt es die Gewähr, dass soziale Spielräume in dem europäischen Erpresserpaket ausgereizt, die Reichen und Vermögenden zur Kasse gebeten, Korruption und Steuerhinterziehung bekämpft und weitere Möglichkeiten für eine soziale und ökonomische Entwicklung des Landes innerhalb der Euro-Zone erkämpft werden können, wie es die übergroße Mehrheit der Griechinnen und Griechen will.

Syriza und ihr mutiger Kampf sind und bleiben Sand im Getriebe der neoliberalen Zerstörung der europäischen Idee, die maßgeblich von der Bundesregierung betrieben wird. Die Linke in Deutschland und Europa steht solidarisch hinter Alexis Tsipras und allen politischen und gesellschaftlichen Kräften in Griechenland und Europa, die einer Europäischen Union der Austerität und des Neoliberalismus den Kampf ansagen. Eine Schuldenkonferenz, eine EU-weite Vermögensabgabe und ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm sind unabdingbar für einen Neustart in eine Zukunft Europas, in der nicht der Profit einiger Weniger, sondern nachhaltiges Wachstum zum Wohle aller die Grundlage ist.

Katja Kipping,
Bernd Riexinger
und Gregor Gysi

Die Geschichte wiederholt sich – die Schuldenkrise in Griechenland

Am 1. Juli 1990, also vor genau 25 Jahren, trat in der DDR der Vertrag über die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der alten Bundesrepublik in Kraft. An diesem Tage löste die DM die Mark der DDR als offizielles Zahlungsmittel ab. Die Einführung der DM erfolgte, trotz Warnungen von Ökonomen, die einen wirtschaftlichen Kollaps der DDR vorhersagten, weil man zu Recht der Auffassung war, dass aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in der Volkswirtschaft eine gemeinsame Währung überhaupt nicht möglich sei, ohne die schwächere der beiden deutschen Volkswirtschaften zwangsläufig in den Ruin zu führen.
Zu den Kritikern und Mahnern gehörte auch der damalige saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine. Im Jahre 1990 hat das damals von Lafontaine regierte Saarland als einziges Bundesland im Bundesrat den Vertrag über die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der damaligen BRD und der DDR aus den eben erwähnten Gründen abgelehnt. Später hieß es dann, die DDR sei bankrott gewesen, so dass in der Einführung der DM der einzige Ausweg bestanden hätte. Erinnern wir uns zurück! Sicher war die DDR 1989 in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank aus dem Jahre 1992 beliefen sich die DDR-Staatsschulden am 3.10.1990 auf 86,3 Milliarden DM. Dies entspricht einer Schuldenquote (zum Bruttosozialprodukt gemeint) von 27,6% und einer Pro Kopf-Verschuldung von 5384,- DM. Zum gleichen Zeitpunkt hatte die damalige Bundesrepublik eine Staatsverschuldung von 929 Milliarden DM, was einer Schuldenquote von 41,8% entspricht und einer Pro Kopf-Verschuldung von 15.000,- DM. Zu diesem Zeitpunkt lag die Auslandverschuldung der DDR bei etwa 20 Milliarden DM, dem standen eigene Forderungen in Höhe von etwa 9,5 Milliarden Dollar gegenüber.
Als Anfang 1990 der damalige Ministerpräsident Hans Modrow nach Bonn reiste und bei der damaligen Bundesregierung Gespräche aufnahm über einen Kredit von 15 Milliarden DM, um bestehende Schwierigkeiten der DDR-Wirtschaft im Außenhandel zu überwinden, wurde dies von der Kohl-Regierung abgelehnt. Am 1. Juli 1990 erfolgte dann die Einführung der DM mit den bekannten Folgen. Die DM-Einführung führte zum raschen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Die damit verbundenen Kosten (Transferleistungen) werden in einem Artikel der „Welt“ vom 4.5.2014 auf 2000 Milliarden EURO beziffert.
Nun wird sich der geneigte Leser die Frage stellen, was haben die Ereignisse von 1990 mit der Griechenland-Krise zu tun?
Wie ich meine, eine Menge. Nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit stimmte die damalige PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag gegen die Einführung des EURO, weil man wusste, dass eine Einheitswährung, die ohne entsprechende Rahmenbedingungen unterschiedlich entwickelten Volkswirtschaften aufoktroyiert wird, zwar international operierenden Konzernen zu Pass kommt, aber für die schwächer entwickelte Volkswirtschaft zur Katastrophe werden kann und, wie wir sehen, auch wird. Obwohl in Griechenland nur 17% des Bruttoinlandsproduktes aus der Industrie herrührt und mehr als 20% vom Fremdenverkehr und Tourismus abhängen, wurde der

EURO als einheitliches Zahlungsmittel eingeführt und, wie ich glaube, mit ähnlichen Folgen wie seinerzeit die Einführung der DM in der DDR.
Es ist logisch, das spätestens 2008 als die Finanzkrise in Europa und weltweit ausbricht, insbesondere Länder, wie Griechenland, die vom Tourismus und Fremdenverkehr abhängen, besonders empfindlich getroffen werden.
Bereits 1990 sollte Oskar Lafontaine mit seinen Warnungen vor den ökonomischen Risiken und Folgen der Währungsunion Recht behalten. In einem Diskussionsbeitrag vom 30.4.2013, veröffentlicht auf seiner Internetseite, schrieb er noch am Vorabend der aktuellen Griechenland-Krise folgendes:
„Die einheitliche Währung (gemeint ist der EURO) hätte von Bestand sein können, wenn die Beteiligten Staaten eine aufeinander abgestimmte produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt hätten. Weil ich diese Lohnkoordination für möglich hielt, habe ich in den 90er Jahren die Einführung des EURO befürwortet. Aber die Institution zur Koordinierung, wie vor allem der makroökonomische Dialog sind von den Regierenden unterlaufen worden. Die Hoffnung, dass durch Einführung des EURO auf allen Seiten ökonomische Vernunft erzwungen wurde, hat getrogen. Heute ist das System aus den Fugen. Um eine annähernd ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erreichen, müssten, so Hans-Werner Sinn kürzlich im Handelsblatt, Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder um 20 – 30% billiger und Deutschland um 20% teurer werden."
Milliardenschwere Finanzhilfen für die Banken einerseits bei gleichzeitigen Sparauflagen, die zu Lasten der Bevölkerung und damit der Binnenkaufkraft gehen, dürften unter diesen Umständen keine Lösung des Problems bringen. Im Gegenteil, die Situation wird sich weiter verschärfen.
Die Währungsunion vom 1. Juli 1990 hat zwar den bundesdeutschen Konzernen einen neuen Absatzmarkt erschlossen und entsprechende Gewinne eingefahren, allerdings hat dies den deutschen Staat im Gegenzug etwa 2000 Milliarden EURO gekostet. Lag im Jahre 1990 die Staatsverschuldung der alten Bundesrepublik bei 929 Milliarden DM, d.h. bei umgerechnet 467,88 Milliarden EURO, so ist in den zurückliegenden 25 Jahren die Staatsverschuldung der Bundesrepublik auf 2155 Milliarden EURO angewachsen und beläuft sich gegenwärtig auf 71,5% des Bruttoinlandsprodukts. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass es die Bundesregierung unter Kohl war, die der Aufweichung der Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages immer wieder zugestimmt hat, und das wohl aus gutem Grunde. Die gigantischen Staatsschulden, die die Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt durch die Währungsunion vom 1.7.1990 und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen, aufgehäuft hatte konnten auf diese Art und Weise mit der Einführung des EURO auf ganz Europa umverteilt werden. Nicht zuletzt unter dem Druck der Bundesregierung wurde, trotz der Volksabstimmung in Griechenland, die dortige Regierung im Interesse eines „dritten Hilfspaketes" zu neuen Sparmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerung gezwungen. Der Einsatz der nunmehr bereitzustellenden 85 Milliarden EURO für Investitionen in die Wirtschaft des Landes, insbesondere in den wertschöpfenden Bereich, z.B. Computerindustrie, Schiffbau usw. wäre die einzig sinnvolle Alternative zur Bankenstützung. Nur, wenn die Wirtschaft des Landes produziert und damit Geld verdient, können Steuern gezahlt werden und eine Sanierung der Staatsschulden ist mittel- und langfristig möglich. Dies wird jedoch wohl kaum ohne einen Schuldenschnitt und gezielte Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort möglich sein.
Die Ergebnisse der bisherigen Griechenland-Hilfe sprechen für sich. Lag die Bruttoinlandsproduktion Griechenlands im Jahre 2008 noch bei 233,20 Milliarden EURO und die Staatsverschuldung bei 263,28 Milliarden EURO, so beläuft sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2014 nur noch auf 181,91 Milliarden EURO, während im gleichen Zeitraum die Verschuldung auf 316,97 Milliarden EURO anstieg. Hilfsprogramme zur Bankenrettung werden letztendlich zu keinem Ergebnis führen. Griechenland braucht eine gezielte europäische Politik der Wirtschaftsförderung, um Industrie und Landwirtschaft zielgerichtet aufzubauen. Derartiges wird sich jedoch nur mit einer europäischen Wirtschaftsregierung realisieren lassen.
In einem „Spiegel"-Interview vom 11.7.15 äußerte sich hierzu Oskar Lafontaine:
„Der entscheidende Fehler der Währungsunion war, dass ihr keine politische Union vorausgegangen ist. Ohne eine europäische Wirtschaftsregierung kann eine gemeinsame Währung nicht funktionieren. Das erleben wir jetzt." (Vgl. hierzu „Spiegel"-Interview vom 11.7.15).
Die Fortsetzung der bisherigen „Hilfspolitik" gegenüber Griechenland und den anderen krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern wird, ohne die notwendigen Reformen der EU, letztendlich in eine Sackgasse und unter Umständen in den finanziellen Kollaps führen.

Diese Entwicklung wird auf Dauer möglicherweise die Existenz der Europäischen Union gefährden.

Gerhard Pein

Ukraine – und das Ende?

Der nachstehende aktuelle Beitrag von Prof. Dr. Anton Latzo ist eine gekürzte Fassung. Der gesamte Text ist am 19.8.2015 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Online. erschienen. Mit freundlicher Genehmigung des Autors erscheint in der September-Ausgabe 2015 von „Linkes Echo“ diese gekürzte Fassung.

In der letzten Woche hat sich die Lage entlang der Trennlinie im Südosten der Ukraine erneut zugespitzt. Beide Seiten warfen der jeweils anderen Seite vor, die Schuld an der erneuten Eskalation des Konflikts und am erneuten Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen zu tragen. Es gibt aber keine zwei Wahrheiten.

Für den ukrainischen Regierungschef von Amerikas Gnaden, Arsenj Jazenjuk, ist der Abschluss des Konflikts im Donbass „noch sehr weit entfernt“. (7.08.2015) Er macht Russland dafür verantwortlich, dass, nach seinen Worten, die Minsker Vereinbarungen nicht einhalte. „Der Weg zum Frieden ist nur über starke Streitkräfte, eine starke Nationalgarde und ein starkes ukrainisches Heer möglich, das die Ukraine schützen würde.“
Während einer USA-Reise im Juni 2015, also lange vor Beginn der gegenwärtigen Phase der militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine, versprach er seinen Herren: „Wir sind überzeugt, dass wir die Kontrolle über den Donbass, Lugansk und die Krim wiedergewinnen werden. Und wir werden unser Territorium kontrollieren.!“ Russland sei der Aggressor. Russland würde „die Weltordnung unterminieren“, habe „nach dem Zweiten Weltkrieg neue Grenzen 'zeichnen“ ..., die rechte und Freiheiten, Demokratie und unsere Nationen nicht achten (wollen). Das sind unsere Feinde.“
Das ist die primitiv aber deutlich formulierte Konzeption, die für die „Regelung“ der Verhältnisse in der Ukraine und in Europa von den Rechten, von den reaktionärsten Kräften des Imperialismus vorgesehen ist!
Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben Kiew aufgefordert, die Provokationen, die die Minsker Friedensvereinbarungen zum Scheitern bringen können, einzustellen und die schwere Kriegstechnik abzuziehen. Sie warnen auch davor, dass ein Ausstieg Kiews aus den Minsker Abkommen dazu führen würde, dass der Krieg die Grenzen des Donezbeckens überschreitet. Es sei nicht zu übersehen, dass die ukrainischen Streitkräfte immer neue Kriegstechnik an die Frontlinie verlegen, sagte der Bevollmächtigte der Donezker Volksrepublik in der Minsker Kontaktgruppe. Kiew habe bisher nicht einen einzigen Punkt der Minsker Abkommen vollständig erfüllt. „Wir beobachten nur Vortäuschung durch Kiew und Provokationen gegen uns und gegen die OSZE-Beobachter“, erklärte Denis Puschilin, bevollmächtigter Vertreter der Donezker Volksrepublik in der Minsker Kontaktgruppe.
Auch die Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben erklärt, dass sie in den letzten Wochen in den Gebieten, die von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, schwere Waffen registriert haben. Das sei ein Verstoß gegen die Vereinbarungen, erklärte der stellvertretende OSZE-Missionschef Alexander Hug am 7. August 2915 in Mariupol.

Tatsache ist, dass eine neue Runde der Kampfhandlungen im Südosten der Ukraine ausgebrochen ist. Das ist jedoch eingetreten, nachdem Kiew die Vereinbarung über den Abzug schwerer Waffen aus dem Kampfgebiet, die während der Minsker Treffen der Außenminister vereinbart wurde, blockiert bzw. gebrochen hat. Kaum waren die Minsker Gespräche beendet, begann Kiew die Verwirklichung zu verzögern bzw. einzustellen. Um dieses Verhalten zu verschleiern, wird zu militärischen, politischen und medialen Provokationen gegriffen, deren Rechtfertigung die politische und Medienszene beherrschen, diese vergiften und die Wahrheit entstellt darstellen.
Dazu wird ein Feindbild geschaffen und „gepflegt“, dass die Propaganda der imperialistischen Expansion glaubhafter erscheinen lassen soll. An der Reihe ist erneut der Russe, der Osten, weil sein Bild seit Langem in den Köpfen der Ideologen des Kapitals verankert ist. Man muss es nur wieder aktivieren und über die Medien entsprechend intensiv und grausam darstellen.

Eine wichtige Funktion der immer wieder von den nationalistischen und faschistischen Kräften provozierten Kämpfe besteht auch darin, dass sie von der reaktionären Entwicklung und von den zunehmenden repressiven Maßnahmen im Inneren der Ukraine ablenken sollen, die auch deshalb durchgeführt werden, um nicht zuzulassen, dass das Land als Einflussgebiet der imperialistischen Mächte, als zentrales Glied in der vom Baltikum bis hinter das Schwarze Meer reichenden Kette um Russland von innen her „gefährdet“ wird.
Dazu werden zunehmend diktatorische Mittel und Methoden eingesetzt, die den demokratischen Regungen der patriotischen Kräfte in der Ukraine verhindern aber als demokratisch legitimiert erscheinen sollen. Dazu gehört z.B. das Verbot der kommunistischen Bewegungen und ihrer Symbole.
Bestandteil dieser Entwicklung im Inneren ist auch der Einsatz amerikanischer Bürger oder anderer USA-höriger Ausländer in wichtige Funktionen des Staates auf zentraler und mittlerer Ebene, als Minister, Gouverneur usw. Diese Entwicklung, die mit der Notwendigkeit begründet wird, die Freiheit gegen den russischen Einfluss zu schützen, soll die Machtpositionen der USA und ihrer imperialistischen Verbündeten sowie der ukrainischen Reaktion sichern. Die Ukraine nimmt immer mehr den Status einer Kolonie an, die entsprechend den Interessen des ausländischen Kapitals zu funktionieren hat.
Vor allem soll sie als eine feste Bastion der USA in Europa ausgebaut werden. Damit entstehen aber auch neue Gefahren, weil auch die verschiedensten Widersprüche wirksam werden, die das Verhältnis zwischen den USA und den imperialistischen Mächten der EU charakterisieren. Betroffen ist davon auch das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Ziele in dieser Region und der Politik der USA. Diese Entwicklung weitet sich so zu einem wichtigen Kettenglied im Prozess der zunehmenden Gefährdung von Frieden und Sicherheit in Europa und an den Grenzen zu Russland aus! Diese Entwicklung und ihre Gefährlichkeit sollen von den Massen nicht erkannt werden!

Eine weitere Funktion, die die ständigen Provokationen der von den USA gelenkten ukrainischen und ausländischen politischen, militärischen und „zivilen“ Kräfte und ihre öffentliche Behandlung besitzen, besteht darin, den Prozess der Verfestigung und Erweiterung des Einflusses der USA und der NATO in der Ukraine und im östlichen Teil der EU mit einem dichten Nebel zu umgeben, der das Erkennen des wahren Charakters der Ziele der USA und der anderen imperialistischen Mächte verhindert und hilft, die Politik der USA zu rechtfertigen.
Gleichzeitig mit ihren Aktionen auf multilateraler Basis arbeiten die USA sehr intensiv daran, ihre Positionen in den osteuropäischen Staaten auf bilateraler Ebene zu gestalten, um ihre Handlungsmöglichkeiten in Europa zu konsolidieren und sie unabhängig von der multilateralen Ebene zu machen. Es gilt, das „neue Europa“ aufzubauen, wie amerikanische Politiker erklärten.

Das ist auch die Grundlage, auf der das Raketenabwehrsystem der USA gegen Russland aufgebaut wird, auf dem Militärstützpunkte der USA besonders im Baltikum, in Polen und in Rumänien und Bulgarien am Schwarzen Meer an der Grenze bzw. in der unmittelbaren Nähe der Grenze zu Russland errichtet werden. Auf dieser Grundlage werden von den USA in diesen Ländern zahlreiche Regierungs-, außenpolitische und militärische Berater, Ausbilder und Spezialisten, einschließlich Nachrichtenspezialisten stationiert der US-Imperialismus hat sein militärisches Vordringen nach Osteuropa immer weiter verschärft um Russland einzukreisen und unter wachsenden äußeren Druck zu stellen.

Die Vorgänge in und um die Ukraine machen deutlich, dass es den USA und den anderen imperialistischen Staaten darum geht, ihren Kampf um die Ukraine zugleich zu nutzen, um Russland zu diskreditieren und seine internationalen antiimperialistischen Positionen zu schwächen. Je stärker in der Außenpolitik Russlands die Interessen des Landes wieder als antiimperialistische Positionen sichtbar wurden, um so deutlicher zeichnete sich der Interessengegensatz zu den Zielen der USA und der anderen imperialistischen Mächte ab.

Die Hoffnung der US-amerikanischen Reaktion und der führenden NATO-Kreise bzw. der imperialistischen Mächte der EU, Russland zu isolieren, hat sich als Wunschdenken erwiesen.
Die Auseinandersetzungen wurden langwieriger als von den imperialistischen Mächten erwartet.

Sie werden so lange andauern, wie die kapitalistischen Großmächte sich weigern, Russland wieder als Großmacht anzuerkennen.
Um die Bündnismöglichkeiten, die sich aus dieser objektiven Stellung Russlands im internationalen System ergeben, zu vereiteln, muss Russland als aggressiver Staat, dem es um imperiale Ziele geht, dargestellt werden. Denn wenn es gelingt, die Staaten, die den sich entwickelnden Bündnissen von BRICS und SOZ zugeneigt sind, unter einem Dach zu vereinigen, dürfte es zu einer grundlegenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses kommen, die den imperialistischen Mächten so manche Grenze setzen kann. Die Provokationen in Osten der Ukraine und ihre mediale Behandlung sollen deshalb ein positives Bild über Russland und seine Politik verhindern.
Damit wurde auch die geistige Landschaft in den weltweiten Beziehungen und in Europa vergiftet, die ideologische Auseinandersetzung in den Fragen von Krieg und Frieden hat sich generell verschärft. Politisch sind die USA und die Großmächte der EU, anstatt die sicherheitspolitischen Interessen Russlands ernst zu nehmen, dazu übergegangen, Russland und seine Sicherheitsinteressen zu dämonisieren und aus den auf Frieden und Sicherheit der Völker ausgerichteten europäischen Regelungen praktisch herauszudrängen. Sie folgten auch in ihrer Außenpolitik der so genannten „Transformations-Theorie“, die davon ausgeht, dass Politik und Wirtschaft und das dazu passende politische System des gesamten Raumes von der Elbe bis zur Beringstraße entsprechend den euro-atlantischen Normen, den Normen des internationalen Kapitals, gestaltet werden muss.

Die Provokationen im Osten der Ukraine und vor allem die einseitige, tendenziöse Propaganda, die in diesem Zusammenhang von den imperialistischen Agenturen entfacht wird, sollen diese aggressive Politik des Imperialismus legitimieren. In realistischer Einschätzung der Lage muss für die Zukunft in Betracht gezogen werden, dass wir es für längere Zeit mit diesem Zustand, der durch Instabilität und Unsicherheit charakterisiert ist, zu tun haben werden. Die „Ukraine-Frage“ - in diesen Zusammenhang gestellt – ist keine kurzfristige Frage. Sie kann Anlass größerer Zusammenstöße mit unkontrollierbaren Folgen sein.
Auch die kürzlich verabschiedete ukrainische nationale Sicherheitsstrategie ist auf eine langfristige Konfrontation mit Russland ausgerichtet. Innenpolitisch beinhaltet sie eine weitere Militarisierung des Landes, auf Kosten der Lebensbedingungen und der Sicherheit der Bevölkerung und des Friedens in der Region. Sie bietet den USA und der NATO die Möglichkeit, die Ressourcenbasis der Ukraine zu nutzen, postuliert eine weitere Annäherung an die NATO und die EU und provoziert eine weitere Eskalation des Konflikts im Südosten des Landes. Laut Alexander Turtschinow, Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, gehört „Russlands aggressive Politik zu den größten Gefahren für die Ukraine“.
Auch in diesem Falle zeigt sich die große Übereinstimmung mit den USA. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA stellt sich auch stärker gegen Russland gerichtet. Sie betont, dass „Russlands Aggression“ eingedämmt werden müsse, vor allem in Bezug auf die Ukraine. Auf dem Weg zur Juni-Tagung der NATO-Verteidigungsminister erklärte der US-Verteidigungsminister Ashton Carter, dass die NATO ihre strategische Orientierung auf eine langfristige Konfrontation mit Russland ausrichte.
Der Missbrauch der Ukraine im Kampf gegen Russland wird weiter betrieben. Es ist nicht auszuschließen, dass dies durch eine erweiterte Einbeziehung der osteuropäischen Staaten in dieses Komplott erfolgt und damit die Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa erhöht werden! Das ist der wahre Hintergrund der Provokationen der imperialistischen Kräfte in der Ukraine.

Prof. Dr. Anton Latzo

Noch einmal zum Bielefelder Parteitag

In meiner Rede auf der Kreismitgliederversammlung am 19. Juni 2015 in Elgersburg („Linkes Echo“ Juli 2015) heißt es u.a.: „Die Wortmeldungen zur Generalaussprache mit jeweils vier Minuten Redezeit wurden im Losverfahren ausgelost. Meine Wortmeldung viel dem Los zum Opfer“. Hier nun der nicht gehaltene Diskussionsbeitrag. Veröffentlichungen erfolgten bereits in der Ausgabe 7. Juli 2015 der „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ und im Bulletin „Geraer Sozialistischer Dialog“. Ausgabe 45/Juni 2015.

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

ursprünglich wollte ich mich nicht auf diesem Parteitag zu Wort melden.
Jedoch das Interview von Gregor Gysi, aus dem ich am Beginn meines Beitrages zitiere, veranlasste mich zu meiner Wortmeldung.
Ich zitiere: „ZEIT ONLINE“ vom 28. Mai 2015 „Gysi will seine Partei 2017 in der Regierung sehen.“
„junge Welt“ vom 30/31.Mai 2015, ich zitiere:
„Vor linken Politikwechsel. Gysi will schon jetzt Koalitionsgespräche mit SPD und Grünen.“
Nun original Zitat Gysi: „Wir kommen nicht über zehn Prozent hinaus, wenn wir sagen:
„Die Linke will ewig in der Opposition bleiben. Für eine Regierungsbeteiligung müsse die Linke bereit sein. Klar ist, dass wir in einer Koalition nicht alle Ziele durchbekommen.“
Die Praxis der Thüringer Landesregierung unter dem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zeigt, wie schwierig es ist, in einer Koalitionsregierung, selbst vereinbarte Vorhaben umzusetzen. Das aktuelle Beispiel dafür ist die Finanzierung von Schulen mit freien Trägern, in denen der Koalitionspartner Bündnis 90/DIE GRÜNEN, in der Frage deren Finanzierung, ständig neue Forderungen aufmacht, bei denen selbst Koalitionsgespräche äußerst schwierig sind, um zu einer Einigung zu gelangen. Hier bestimmt der Ministerpräsident das Heft des Handelns.
Wie schwierig wird es erst, wenn wir in einer Bundesregierung nur ein Partner sind, und der Regierungschef, sprich Bundeskanzler/in das Heft des Handelns bestimmt.
Sicher wir haben bei den letzten Wahlen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zugelegt. Bernd sagte dazu, diese Wahlen haben gezeigt, dass wir auch im Westen Wahlen gewinnen können.
Hier bin ich mit dem im Leitantrag benannten nächsten Landtagswahlen und den Zielstellungen für unseren Einzug in diese Landtage einverstanden in dem es in den Zeilen 574 bis 578 heißt:
„2016 werden Meilensteine für DIE LINKE mit großen Möglichkeiten, weiter an Einfluss zu gewinnen, - in Opposition und in der Regierung. Im nächsten Jahr werden die Grundlagen gelegt für die Bundestagswahl 2017. Die gesamte Partei wird dafür

Jochen Traut

Aus dem Landesvorstand

Regional- und Basiskonferenzen am 21./23./26. September 2015.
„Für ein gerechtes, soziales und demokratisches Thüringen."
Dazu schreibt die Landesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE.Thüringen, Anke Hofmann, in einer Information.

„Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte,
der Landesvorstand DIE LINKE.Thüringen hat die Einberufung der 1. Tagung des 5. Landesparteitages beschlossen. Dieser wird am 14./15. November 2015 in der Stadthalle Gotha durchgeführt. Neben personellen Entscheidungen wird er Stellung zur politischen und gesellschaftlichen Situation, zur Entwicklung des Freistaates Thüringen sowie zur internationalen politischen Lage beziehen.
Gleichzeitig wird er die Berichte des Landesvorstandes und der weiteren Gremien im Landesverband sowie der Landtagsfraktion entgegennehmen. Auch über mögliche Satzungsänderungen und die Fortschreibung des mittelfristigen Finanzkonzeptes der Partei findet die Beratung statt.
Wenige Tage nach unserem Parteitag, am 5. Dezember, blicken wir auf ein Jahr rot-rot-grüne Regierungsbildung. Das ist ein guter Grund auf dem Landesparteitag Bilanz über das erreichte zu ziehen und die konkreten Aufgaben für die Zukunft zu formulieren.
Zur inhaltlichen Vorbereitung und zur Möglichkeit für Kandidatinnen und Kandidaten, sich einer breiten Parteibasis vorzustellen, haben wir Regionalkonferenzen vorbereitet. Dazu laden wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen und sie, liebe Interessierte, recht herzlich ein.

Montag, 21. 9. 2015, 18 – 21 Uhr Weimar, Weimarhalle, UNESCO Platz 1, 99423 Weimar

Mittwoch, 23. 9. 2015, 18 – 21 Uhr Oberhof; Haus des Gastes, Crawinkler Str. 2, 98559 Oberhof

Sonnabend, 26. 9. 2015, 10 – 15 Uhr Gera (Landesbasiskonferenz)
Clubzentrum Comma, Heinrichstr. 47, 07545 Gera

Zur Landesbasiskonferenz bereiten wir einen Livestream vor. Dieser läuft unter www.die-linke-thueringen.de.

Zur Bildung von Fahrgemeinschaften wendet euch bitte an die Kreisgeschäftsstelle in Arnstadt, Turnvater-Jahn Straße 16, Genossin Carolin Rüffert; Telefon 03628 602795.
Die Genossinnen und Genossen aus dem südlichen Im-Kreis bitten wir, sich mit der Geschäftsstelle in Ilmenau, Topfmarkt 4, Genossen Karl-Heinz Mitzschke; 03677 893015 in Verbindung zu setzen.

Anke Hofmann

GROßDEMO IN BERLIN

am 10. Oktober 2015 in Berlin ab 12.00 Uhr am Hauptbahnhof
STOP TTIP&CETA

Der Bundesvorstand ruft alle Kreisverbände auf, an dieser Großdemo teilzunehmen.

Der Kreisverband hat beschlossen mit einem eigenen Bus zu dieser Veranstaltung nach Berlin zu fahren.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die an dieser Großdemo teilnehmen wollen, sich bis zum Monatsende in den Geschäftsstellen des Kreisverbandes in Arnstadt bzw. Ilmenau zu melden.
Unser Ziel ist es, mit einer „vollen Mannschaft" an dieser Veranstaltung in Berlin teilzunehmen.
Der Unkostenbeitrag für den einzelnen Teilnehmer wird im Bus entrichtet.

R2G – (Vor) Bilanz im Sommerloch

Im September soll auf Basiskonferenzen der Partei DIE LINKE im ganzen Land ein Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen bilanziert werden.
Ich hoffe, dass bis dahin die Thüringer Ministerien ihre Hausaufgaben machen und die entsprechenden Richtlinien erlassen, dass wir im Ilm-Kreis mit der Sanierung der Schule in Marlishausen beginnen können und in Gehren eine notwendige neue Feuerwache mit der für den Kreis wichtigen Atemschutzübungsanlage gebaut werden kann.
Ich hoffe genauso, dass dann die „Anstrengungen“ unserer Landespolitiker, unbedingt einen Beitrag für die Füllung des medialen Sommerloches zu leisten, ebenfalls beendet sind.

Sommerloch – anders kann ich die Debatte um die Anzahl der künftigen Landkreise in Thüringen oder die Auslassungen zu Steuererhöhungen in den Kommunen nicht bezeichnen. Mit ernsthafter Debatte hat das aus meiner Sicht nichts zu tun.

Ernsthaft wäre es gewesen, wenn der Ministerpräsident die Aufgaben genannt hätte, die die künftigen Kreise im Zuge einer Funktional- und Verwaltungsreform zum Beispiel vom Landesverwaltungsamt übernehmen sollen, damit sich ein neuer Zuschnitt der Kreise rechtfertigen lässt. Stattdessen wird die Zahl „Acht“ als ein (!) „persönlicher“ Vorschlag zur Diskussion gestellt. Da ergibt sich doch die Frage: Wie viele solcher Vorschläge sind dazu möglicherweise noch zu erwarten?
Und auch dem kommunalpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion hätte Zurückhaltung gut getan. Die Städte und Gemeinden wissen selber, dass sie an der Gewerbesteuer- und Grundsteuerschraube drehen können. Die meisten im Kreis haben es gemacht. Fest steht jedoch: Das ist genauso wenig ein Allheilmittel für die Sanierung der klammen Kommunalfinanzen wie die Erhöhung der Hundesteuer. Freunde machen wir uns mit solchen aus der Hüfte geschossenen Vorschlägen nicht, wie mir ein Gespräch mit einem Gehrener Handwerksmeister deutlich gemacht hat.

Was getan werden muss: Wir müssen keine neuen Steuern und Abgaben erfinden. Das Land muss zum einen seine Kommunen und Kreise gerecht an den Einnahmen und Ausgaben beteiligen und zum anderen für die an die Kommunen übertragenen Ausgaben ohne Trickserei die Finanzierung übernehmen.
Das ist der Weg, den wir, so zumindest meine Wahrnehmung, immer in der Opposition gefordert haben. Wir haben auf dem Konnexitätsprinzip bestanden und das war gut so.
Kommunale Steuerprüfer einzusetzen ist das genaue Gegenteil. Das ist die Fortsetzung des „CDU-Irrweges“ der letzten Jahre. Hier vernachlässigt offensichtlich das Land seine Pflicht zur Steuerprüfung und jetzt sollen die Kommunen diese Aufgaben selbst übernehmen.

Das ist keine Lösung, das ist Sommerloch! – Und dort sollen die Ideen auch bleiben.

Eckhard Bauerschmidt

Kreistagsfraktion und Kreisvorstand trafen sich am 19. August zur Klausur

Zu einer Klausurberatung trafen sich am Mittwochabend Landrätin Petra Enders, die Mitglieder der Kreistagsfraktion der Linken und Vertreter des Kreisvorstandes in Ilmenau, um über die aktuelle Situation im Kreis zu beraten und sich über die Aufgaben des 2. Halbjahres 2015 zu verständigen.

Die Beratung verlief in sachlich-konstruktiver und kameradschaftlicher Atmosphäre und war vom Willen aller Beteiligten geprägt, die von den Wählerinnen und Wählern im vergangenen Jahr übertragene Verantwortung für den Ilm-Kreis wahr zu nehmen.

Spaß beiseite, das ist heraus gekommen:

Wahl des Kreisvorstandes am 28. November 2015. Eckhard Bauerschmidt, Thomas Schneider, Ingeborg Giewald und Klaus Häßner gaben bekannt, bei dieser Wahl erneut für ihre bisher wahr genommenen Leitungsfunktionen zur Verfügung zu stehen.

TTIPP – Demo am 10. Oktober in Berlin. Der Kreisvorstand organisiert zu dieser Demo einen eigenen Bus.

Gebietsreform/Kreisgebietsreform. Frank Kuschel berichtete über den aktuellen Arbeitsstand zu dieser Problematik von Seiten der Landesregierung und von Seiten der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Im Herbst wird dazu ein Leitbild der Landesregierung vorgestellt, das auf Regionalkonferenzen diskutiert werden soll. Die von Frank vorgestellte Herangehensweise an eine Gemeindegebietsreform wurde einhellig begrüßt.
Kritische Anmerkungen gab es bezüglich einer Kreisgebietsreform. Die Teilnehmer der Klausurberatung einigten sich auf folgende Position:

- Andere Kreise im Ergebnis eines Überganges zum 2-stufigen Verwaltungsaufbau in Thüringen – JA!
Kreise einfach zusammen zu legen – NEIN!

Windenergie. In die nach der Sommerpause zu erwartende Debatte geht die Linke mit folgender Position:

- Gegen den Willen der Bürger und gegen den Willen der Kommunen wird es durch die Linken keine Unterstützung für neue Windräder im Kreis geben.
- Jede Kommune, die mit Unterstützung ihrer Bürger Windkraftanlagen auf ihrem Territorium errichten will, wird von uns unterstützt.

Naturschutzfachliche Gesichtspunkte sind in jedem Fall zu berücksichtigen.
Für die Kreistagssitzung am 16. September 2015 wird auf dieser Basis eine Resolution vorbereitet, in die die energiepolitischen Leitlinien der Landrätin mit einzuarbeiten sind.

Flüchtlinge. Die Landrätin informierte zum aktuellen Stand und den weiteren Aufgaben. Es wird damit gerechnet, dass künftig 80 Flüchtlinge pro Monat im Ilm-Kreis eingegliedert werden. Die Kreistagsfraktion unterstützt die Landrätin dabei, diese Menschen menschenwürdig unter zu bringen

und ihnen die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern.

Nachtragshaushalt 2015. Ausgangspunkt der Debatte war der Begleitbeschluss zum Haushalt 2015, der vorsieht, nach Beschluss des Landeshaushaltes die zu erwartenden Mehreinnahmen des Kreises durch eine Senkung der Kreisumlage an die Städte und Gemeinden weiter zu geben. Nach Aussage der Landrätin, sieht sie gegenwärtig noch keine Möglichkeit, trotz der besseren Finanzausstattung einen Entwurf eines Nachtragshaushaltes vorzulegen, da insbesondere die Finanzierung der Sanierung der Grundschule Marlishausen durch ein entsprechendes Förderprogramm des Landes noch ungeklärt ist.
Die Kreistagsfraktion einigte sich auf folgende Arbeitsweise:

1. Der Vorschlag der Landrätin, jetzt (zum 16. 09. 2015) keinen Nachtragshaushalt 2015 einzubringen wird akzeptiert.
2. Es wird darauf orientiert, die Möglichkeit einen Nachtrag einzubringen bis zum Dezember 2015 offen zu halten oder alternativ, dann, wenn die Zahlen des Landes für den Haushalt 2016/17 vorliegen, mögliche positive Auswirkungen aus 2015 in den Haushalt 2016 mit einzuarbeiten.

Die entstandene Situation ist unverzüglich mit der Fraktion SPD/Grüne zu beraten.

Eckhard Bauerschmidt

Buchvorstellung: „*Fragen an die DDR*“ Alles, was man über den deutschen Arbeiter- und-Bauern-Staat wissen muss

Die DDR ist Geschichte, das Wissen darüber ist bei den Nachgeborenen gering. Jüngste Umfragen unter Gymnasiasten ergaben, dass diese oft nicht einmal wussten, wer Honecker war.
Erstmals werden in diesem Buch nun sachlich in Frage und Antwort Grundkenntnisse über dieses Land vermittelt.
An diesem Buch haben ehemalige Minister der DDR, wie Hans Bentzien und Wolfgang Wünsche, bekannte Journalisten wie Günter Herlt, Harri Czepuck und Klaus Huhn sowie der Rechtsanwalt Friedrich Wolff, Fragen zum Thema “Was war die DDR?“ beantwortet.
Kompetent und kurzweilig antworten Fachleute auf Fragen von Schülern und Studenten.
Dieses Buch will Wissenslücken füllen, die sich bei den Nachgeborenen, und nicht nur bei denen, auftun. Zugleich sollen damit Vorurteile und falsche Darstellungen korrigiert werden. Gerade in diesen Wochen sind unter dem Blickwinkel des fünfundzwanzigsten Jahres des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der BRD, also dem 3. Oktober 1990, verstärkt geschichtsfälschende Darstellungen im Umlauf, die in die Öffentlichkeit getragen werden.
Die Bundesregierung hat dazu aktuell eine Publikation unter dem Titel „25 Jahre Freiheit und Einheit“, das mit einem Grußwort von Angela Merkel beginnt veröffentlicht. (Mehr darüber nachzulesen ist in der Ausgabe der Tageszeitung „junge Welt“ vom 17. August 2015, Seite 4 unter der Überschrift „Schwarz plus weiß macht grau“.)
Mit diesem Buch wird ein Kompendium vorgelegt, an dem man nicht vorbeikommt, wenn man sich über die Geschichte der DDR als Ganzes kundig machen möchte.
Wenn auch bereits im Jahr 2003 erstmals aufgelegt, so haben die Fragen und Antworten auch noch im Jahr 2015, nichts an ihrer Aktualität verloren.
In der einleitenden Frage „Wie war die DDR?“ heißt es u.a.: „Der Verlag fragte Schüler: Was wisst ihr von der DDR? Zum einem stießen wir auf bemerkenswertes Interesse. Es war keineswegs so, dass man mit diesem Thema nur müdes Gähnen hervorrief. Im Gegenteil. Zum anderen jedoch wurden erschreckende Lücken sichtbar. Statt Auskünfte kamen Fragen.
Aus diesen Fragen entstand dieses Buch. Fragen von Schülern und jungen Leuten, die das Leben von selbst stellt/e.“
Dieses Buch ist kein Abriß der Geschichte der DDR, es ersetzt nicht die Beschäftigung mit den historischen Ereignissen.
Es ist kein Zahlenwerk über das Land, obwohl statistisches Material eingeflossen ist. Es ist kein subjektiver Rückblick, wenngleich die Autoren wie oben benannt, auch von ihren eigenen Erfahrungen sprechen.
Das Buch wendet sich an jene Genration, für deren Eltern das untergegangene Land DDR Lebensalltag war oder zumindest wahrgenommen als „da drüben“.
Das Buch beginnt mit der Frage: „Wie war die DDR?“, und setzt dann fort mit den Fragen „Alltag und Lebensweise“, „Schule und Ausbildung“, „Familie und Jugend“, „Sport“, „Kirche“, „Justiz“, „Armee“, „Wirtschaft“, „Politik und Geschichte“. Diese einzelnen Themen sind dann jeweils in Unterfragen gegliedert. Dazu einige Beispiele: „Wieso kostete eine Straßenbahnfahrt nur 20 Pfennige?“, „Weshalb war das Westfernsehen verboten?, „Hatten wirklich alle Arbeit?“, „Wieso durfte man nicht in den Westen fahren?“, „Gab es in der DDR viele Ausländer?“, „Wurde jeder von der Stasi überwacht?“, „Wer durfte studieren? Konnte jeder studieren, was er wollte?“, „Warum kam man ins Gefängnis, wenn man eine kritische Meinung hatte?“, „Warum haben die Russen Deutschland geteilt?“, „Warum wurden KPD und die SPD nach dem Kriege zwangsvereinigt?“, „Worin unterschied sich Erich Honecker von Walter Ulbricht?“
Die letzte und viel diskutierte Frage, die dieses Buch versucht zu beantworten und dies auch mit einigen wenigen Zahlen belegt, heißt: „Hätte die DDR weiterleben können und was hätte geschehen müssen, damit die DDR überlebt?“
Zum besseren inhaltlichen Verständnis ist auf den Seiten 189/190, ein Abkürzungsverzeichnis angefügt.
Diese und alle anderen Fragen, hier konnten nur einige Beispiele benannt werden,
wird die Broschüre der BRD-Regierung „25 Jahre Freiheit und Einheit“ so nicht beantworten. Und was das darin enthaltene Grußwort von Frau Merkel anbelangt, so möchte ich noch einmal aus dem bereits oben erwähnten Artikel zitieren:
„Sie (Angela Merkel) war ein DDR-Förderkind, ihr standen enorme Möglichkeiten offen, sie trampte nach Mittelasien, fuhr zur Cousine nach Hamburg. Obwohl sie eine alleinstehende, kinderlose Akademie-Wissenschaftlerin war und aus kirchlichem Elternhaus stammte. Diese Frau ist die Verkörperung und auch ein Beweis dafür, dass es noch eine andere als die in dieser Broschüre dargestellte DDR gegeben haben muss.“

Berlin: edition ost 2003. 190 Seiten

In der Ausgabe Oktober 2015 stellen wir aktuell zum 25. Jahrestag des Beitritts der DDR zum Grundgesetz am 3. Oktober 1990, den Titel „War das die Wende, die wir wollten?“ Gespräche mit Zeitgenossen, vor.

Jochen Traut

Willi Ganka – er wird uns fehlen
6. Juni 1920 - 19. August 2015

Wenn ein Mensch nach 95 reich an Arbeit, Wissen und Erfahrung gewesenen Lebensjahren, guter und erfolgreicher wie auch weniger guter oder gar leidvoller, von uns geht, ist das – nüchtern betrachtet – nicht ungewöhnlich. Und dennoch ist es ein schwerer Verlust – für seine Familie ebenso wie für alle, die ihn gut kannten und schätzten, und nicht zuletzt für die Partei DIE LINKE. Mit Willi Ganka verlieren wir einen Genossen, der zu denen gehörte, die in schwerer Zeit nicht verzagten, nicht die Flinte ins Korn warfen, nicht davonliefen, sondern kritisch nachdachten über Fehler, Fehlleistungen und Versäumnisse. Er gehörte zu jenem im Vergleich zur bisherigen, nach Millionen von Mitgliedern zählenden Partei leider nicht sehr groß gewesenen „Fähnlein der sieben Aufrechten“, die allem Hass und allen Anfeindungen zum Trotz einen Neuanfang wagten. Wenn heutige selbsternannte „Bürgerbewegte“ in ihrem blindwütigen Antikommunismus gegen DIE LINKE und ihre Vergangenheit wettern, obwohl die SED zwar die wichtigste, aber eben auch nur eine ihrer Vorgängerparteien ist, dann meinen sie nicht die damals Davon- oder gar zu Grünen, SPD, FDP und CDU Übergelaufenen. Dann meinen sie Genossen wie eben Willi Ganka, die damals allen Mut zusammennahmen und begannen, auf den Trümmern der SED mit der PDS eine neue, demokratisch-sozialistische Partei aufzubauen. Er wusste, warum er es auf sich nahm, dabei mitzuwirken, hatte doch der am 6. Juni 1920 im böhmischen Eger, tschechisch Cheb, Geborene in seiner Kinder- und Jugendzeit nicht nur erlebt, was Kapitalismus schlechthin für die Besitzlosen bedeutete. Er musste ja in einer Zeit aufwachsen, in der diese Gesellschaft in ihrer im Wortsinne schlimmsten aller Erscheinungsformen auftrat: Als er das Licht der Welt erblickte, wuchs er in Verhältnisse hinein, mit denen zurechtzukommen vielen Erwachsenen immer noch schwerfiel. Die österreichisch-ungarische Monarchie gab es nicht mehr, die ihr Auseinanderbrechen bewirkt habende Revolution hatte das Völkergefängnis nicht nur hinweggefegt, sondern mit der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) einen neuen Staat entstehen lassen, in dem sich die deutsche Bevölkerung der böhmischen und mährisch-schlesischen Grenzgebiete nun plötzlich wiederfand, ohne an der Gründung beteiligt worden zu sein. So erlebte Willi in seiner Kinder- und Jugendzeit die zwiespältige Haltung vieler Menschen, die von Bereitschaft zur Mitarbeit bis zu totaler Ablehnung reichte. Er erkannte früh, dass die Lösung nationaler Probleme nicht ohne die der sozialen Frage möglich war. So wurde der gelernte Feinmechaniker als Siebzehnjähriger Mitglied der einzigen Partei, die die sich konsequent dem Kampf für soziale Gerechtigkeit widmete und in der nicht danach gefragt wurde, ob man tschechischer, deutscher, slowakischer, ungarischer oder ruthenischer Nationalität, ob jemand christlichen oder jüdischen Glaubens war. Gerade in Eger hatte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei eine schwere Aufgabe, war die Stadt doch bald nach 1933 eine Hochburg des Faschismus geworden. Hier hatte die vom einstigen Turnlehrer Konrad Henlein gegründete und von der NSDAP ausgehaltene Sudetendeutsche Partei nicht nur ihre Zentrale, hier veranstaltete sie nicht nur ihre Versammlungen, sondern auch und vor allem gegen den tschechoslowakischen Staat gerichtete provokatorische Aufmärsche. Ab 21. Mai 1938 sorgte sie für blutige Unruhen, hatten doch bewaffnete Angriffe der SdP auf Polizeistationen und staatliche Verwaltungen Tote und Verletzte gefordert. Mittels beispielloser sozialer Demagogie und antitschechischer Hysterie hatte sie bei den ab 22. Mai stattgefunden habenden Gemeindewahlen rund 90 % der deutschen Bevölkerung hinter sich bringen können. Die Republik war in höchster Gefahr und Willi gehörte als Mitglied der KPTsch zu ihren konsequentesten Verteidigern. Alle Anstrengungen waren leider am Ende vergebens, beugte sich doch die bürgerliche Regierung dem Münchner Diktat, mit dem die Zerschlagung des Landes ihren Lauf nahm. Die nun einsetzende und nahezu sieben Jahre währende deutsch-faschistische Herrschaft bedeutete nicht nur die brutale Unterdrückung der tschechischen Bevölkerung sowie die gnadenlose Verfolgung von Kommunisten und jüdischen Mitbürgern, sie vergiftete auf lange Zeit das Verhältnis zwischen den Nationalitäten des Landes. Die schlimmste Folge war der Zwang zum Verlassen des Landes und der traf angesichts lang aufgestauter Wut und oftmals auch blindem Hass nicht nur einstige Nazis, sondern ebenso unbeteiligt Gewesene, Opfer des Faschismus und Widerstandskämpfer. Obwohl sie offiziell bleiben konnten, oftmals auch mit staatlichen Funktionen betraut wurden, geriet die eigene Heimat in solcher Atmosphäre mehr und mehr zur Fremde. So folgte Willi neben vielen anderen dem Ruf der gerade gegründeten SED und siedelte in die Sowjetische Besatzungszone über, wo Kämpfer gegen den Faschismus dringend gebraucht wurden, herrschte doch an wichtigen Aufgaben beim Wiederaufbau des zerstörten Landes kein Mangel. Willi sah bald, dass verantwortungsvolle Tätigkeiten viel mehr als nur achtklassige Volksschule erforderten, dass es folglich notwendig war, sich neues Wissen anzueignen, sich zu qualifizieren. Also setzte er sich wieder auf die Schulbank, studierte Rechtswissenschaften und wurde Diplom-Jurist. Die Volkseigenen Betriebe brauchten dringend fähige Wirtschaftsjuristen und so wurde er Justitiar, arbeitete als solcher lange Jahre im VEB Werk für Technisches Glas und dann bis zur Erreichung des Rentenalters im VEB Mikroelektronik „Friedrich Engels“ Ilmenau. Auch danach gab es für ihn keine Zeit zum Ausruhen, er blieb politisch aktiv, widmete sich der Arbeit in der Wohnparteiorganisation ebenso wie der Aufklärung über den Faschismus. Als die bislang führende Partei, vom hysterischen Antikommunismus der selbsternannten „Bürgerbewegten“ völlig überrascht, unter deren verbaler und teilweise auch tätlicher Gewalt auseinanderbrach, gehörte Willi zusammen mit seiner Frau Dora zu denen, die sich beim Aufbau der PDS engagierten. Nahezu 25 Jahre zählte er nicht nur in seiner Basisorganisation zu den Aktivsten, sondern wirkte ungeachtet seines hohen Alters unermüdlich in der Kommunistischen Plattform, deren Arbeit er mit seinen Ideen und Erfahrungen wichtige Impulse gab. Die Zeit der Unterwühlung seines Heimatlandes durch die Nazis und der anschließenden faschistischen Unterdrückung hatten ihn gelehrt, hart im Nehmen, aber auch im Austeilen zu sein. Willi hielt mit seiner Meinung nie hinter dem Berg, war nie ein bequemer Diskussionspartner, der anderen nach dem Munde redete, sondern verteidigte und erklärte geduldig einmal als richtig Erkanntes. Er war so zäh wie ausdauernd und solche Eigenschaften haben wohl auch dazu beigetragen, dass ihm ein Alter beschieden war, das nur eine kleine Zahl von Menschen erreicht. Nun hat sich sein Lebenskreis am 19. August 2015 geschlossen, sein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen. Er wird uns fehlen, doch wirklich tot ist ein Mensch erst dann, wenn er vergessen ist. Willis Persönlichkeit, sein Mut, seine Standhaftigkeit in schweren Zeiten, sein Wissen und seine Erfahrungen, die er in den vergangenen 25 Jahren an viele jüngere weitergegeben hat, machen ihn unvergessen. Hab Dank für all das, was Du für die Partei getan hast, lieber Willi, und laß uns Dir ein letztes Lebewohl zurufen.

Hans-Joachim Weise
für den Stadtvorstand DIE LINKE.Ilmenau

Weltfriedenstag 2015

Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Als die UNO Generalversammlung im Dezember 1948 wenige Jahre nach Ende des II. Weltkrieges in Paris zusammentrat, stand angesichts der Verheerungen, die der von den deutschen Faschisten mit dem Überfall auf Polen angezettelte Krieg über die Völkergemeinschaft gebracht hatte, die Frage der Menschenrechte ganz oben auf der Tagesordnung.

Die am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, verabschiedete Resolution ist das ausdrückliche Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte.

Bereits am Anfang der 30 Artikel umfassenden Resolution finden sich grundsätzliche Rechte, die Maßstab für das Handeln der Staaten sind.

Zitat:

UN-Menschenrechtsdeklaration 1948

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Diese Forderungen haben auch Eingang in das 1949 verabschiedete Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gefunden.

Mit dem Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands, der übrigens vor genau 25 Jahren unterschrieben wurde, gilt dieses Grundgesetz auch auf dem ehemaligen Staatsterritorium der DDR und ist Grundlage für individuelle Grundrechte und staatliches Handeln.

Zitat:

Artikel 1 Grundgesetz 1949

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt

So lange es diese Rechte gibt, werden sie verletzt, geschändet, mit Füssen getreten, wird aber auch um ihre Durchsetzung und Einhaltung gekämpft.

Dabei ist der Krieg die Brutalste dieser Verletzung.

Das mussten Millionen von Menschen im vergangenen Jahrhundert am eigen Leib verspüren, verloren ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Heimat, all ihr Hab und Gut.

Der als 2. Weltkrieg in die Geschichte eingegangene Raub und Eroberungskrieg der deutschen Faschisten löschte das Leben von 65 Millionen Menschen aus, allein 27 Millionen Tote hatte die Sowjetunion zu beklagen. Millionen Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen.

Deutsche Rüstungsunternehmen waren schon damals die Gewinner und machten märchenhafte Profite mit ihren mörderischen Produkten.

Heute, am 1. September 2015, 76 Jahre nach Kriegsbeginn müssen wir leider feststellen, dass Deutschland aus seiner Geschichte nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen hat.

Statt sich aktiver Friedenspolitik und Deeskalation zu verschreiben, werden deutsche Wirtschafts - und geopolitische Interessen auch durch die Beteiligung an Militäreinsätzen und Kriegen weltweit „verteidigt“.

Die Rüstungsexporte explodieren und ermöglichen Extraprofite.

Das dadurch erzeugte Elend klopft nun auch in Deutschland an die Tür.

Der Flüchtlingsstrom aus den KrisenundKriegsgebieten dieser Welt reißt nicht ab. Bis zu 800 000 Menschen werden in diesem Jahr auf der Flucht vor Terror, Krieg, Hunger und Tod nach Deutschland kommen, um hier eine Zuflucht zu finden.

Im gleichen Umfang wie die Zahl der Flüchtlinge ansteigt, ist auch der Umfang der von der Bundesregierung genehmig-ten Waffenexporte gestiegen. Im ersten Halbjahr 2015 wurde bereits der Wert des gesamten Vorjahres erreicht. In den ersten sechs Monaten hat die Regierung Merkel/Gabriel Ausfuhren von insgesamt 6,35 Milli-arden Euro zugestimmt. 6,5 Milliarden Euro waren es im gesam-ten Jahr 2014. Allein der Umfang von Lieferungen an den Folterstaat Saudi- Arabien nahm von 65 Millionen auf rund 177 Millionen Euro zu.

Anfang 2014 hatte es Wirtschafts-minister und SPD-Chef Sigmar Gabriel noch zur »Schande« erklärt, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört: »Wenn man die Waffen in die falschen Regionen gibt, kann es zu einem Geschäft mit dem Tod werden.«

Im Gegensatz dazu steht Deutschland nach dem Jahrbuch 2015 des internationalen Friedensforschungs-instituts SIPRI in Stockholm auf dem vierten Platz der größten Rüstungslieferanten der Welt – nach den USA, Russland und China.

Das ist die eigentliche Schande und zeigt die ganze Verlogenheit des politischen Establishments.

Zu den Empfängern der Mordin-strumente »Made in Germany« ge-hört auch das Krisengebiet am Bosporus. Es gilt als gesicherte Erkenntnis, dass deutsche Waffen auch von den Terrorbanden des »Is-lamischen Staats« eingesetzt werden.

Einer halben Million Menschen hat dieser Irrsinn bereits das Leben gekostet.

Leidtragende sind nun mehr als vier Millionen Syrerinnen und Syrer, die vor dem Krieg aus ihrer Heimat fliehen mussten, auch nach Deutschland. Die Menschen suchen ihr Heil in Europa– dort, von wo der Krieg von Anfang an angeheizt wurde.

Der Schwur der Überlebenden des 2. Weltkrieges – Nie Wieder Krieg!- ist angesichts dieser Ereignisse aktueller denn je.

Er ist uns Mahnung und Verpflichtung zugleich.

Eine Politik, die Terror sät und mit Krieg Waffenlieferungen bekämpfen will, handelt verantwortungslos. Die Bundesregierung darf sich daran nicht länger beteiligen.

Die Politik muss endlich legale Wege nach Europa öffnen!

Die Politik muss dem Krieg den Nährboden entziehen und endlich alle Rüstungs-exporte verbreiten!

Die Würde des Menschen ist unantastbar,
sie muss verteidigt werden,
auch von uns, hier in Arnstadt!

Jens Petermann

Termine im September

01.09.15	17.00 Uhr	ANTIKRIEGSTAG. Arnstadt, Alter Friedhof; „Rufer“
01.09.15	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
02.09.15	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
04.09.15	17.00 Uhr	Beratung „Linkes Echo“. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
07.09.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Markt; Rathaus
07.09.15	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
08.09.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
09.09.15	15.00 Uhr	Rentenberatung. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
10.09.15	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt, Markt; Rathaus
10.09.15	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau, Markt; Rathaus
12.09.15	15.00 Uhr	Sommerfest DIE LINKE. Ilmenau, Homburger Platz; „Alte Försterei“
13.09.15	10.00 Uhr	„Tag der Mahnung und Erinnerung“. Arnstadt, Friedhof; Ehrenhain für die Opfer des Faschismus
14.09.15	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße 14; Landratsamt
16.09.15	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt, Brauhausstraße 1-3; Stadthalle
17.09.15	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE
21.09.15	18.00 Uhr	Basiskonferenz DIE LINKE.Thüringen. Weimar, UNESCO Platz 1; Weimarhalle
22.09.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE
23.09.15	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.

Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Jochen Traut und Carolin Rüffert verantwortlich. Anschrift der Redaktion: DIE LINKE Arnstadt, Turn-Vater-Jahn– Straße 16, Tel.: 03628/602795; e-mail: kuschel.wkb@web.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 08. 10. 2015. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**